

Preussische Gesetzsammlung

Jahrgang 1923

Nr. 62.

Inhalt: Gesetz über den Sitz des Landeskulturamts für die Provinz Pommern, S. 463. — Verordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, S. 463. — Verordnung zur Anpassung der Wandergewerbesteuer an die Geldwertänderung, S. 464. — Verordnung über eine Erhöhung des Ausgleichszuschlags und der Frauenbeihilfe, S. 464. — Verordnung zur Anpassung der Wanderlagersteuer an die Geldwertänderung, S. 465. — Dritte Verordnung des Staatsministeriums, betreffend Anpassung der Staats- und Gemeindesteuern an die Geldwertänderung, S. 466. — Zweite Verordnung über die Anpassung der Stempelsteuer an die Geldwertänderung, S. 466.

(Nr. 12658.) Gesetz über den Sitz des Landeskulturamts für die Provinz Pommern. Vom 5. Oktober 1923.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Das durch Gesetz über die Errichtung neuer Landeskulturämter vom 25. November 1920 (Gesetzsamml. S. 619) errichtete Landeskulturamt für die Provinz Pommern hat seinen Sitz in Stettin.

§ 2.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes wird der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten beauftragt.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 5. Oktober 1923.

Das Preussische Staatsministerium.

(Siegel.)

Braun. Wendorff.

(Nr. 12659.) Verordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein. Vom 26. September 1923.

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (Gesetzsamml. S. 126) in der durch die Gesetze vom 16. Dezember 1920 und 22. Mai 1923 (Gesetzsamml. 1921 S. 41, 1923 S. 267) abgeänderten Fassung wird verordnet, was folgt:

§ 1.

Die Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein werden auf die beitragspflichtigen Besitzungen zu vier Fünfteln nach ihrem Grundsteuerreinertrage, zu einem Fünftel nach ihrer zum Grundsteuerreinertrage veranlagten Fläche verteilt. Für die Beiträge nach dem Grundsteuerreinertrage gilt die Abrundungsvorschrift des Gesetzes, für die Beiträge nach der Fläche kommen Hektarbruchteile unter $\frac{1}{2}$ in Wegfall, Hektarbruchteile von $\frac{1}{2}$ und darüber als volle Hektar in Ansatz.

Gesetzsammlung 1923. (Nr. 12658—12664.)

Ausgegeben zu Berlin den 12. Oktober 1923.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Sie hat auch für die am 17. Juli und 6. September 1923 von der Landwirtschaftskammer beschlossenen Umlagen Geltung.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten kann die Verordnung auf Antrag der Landwirtschaftskammer außer Kraft setzen.

Berlin, den 26. September 1923.

Das Preussische Staatsministerium.

(Siegel.)

Braun.

Wendorff.

(Nr. 12660.) Verordnung zur Anpassung der Wandergewerbesteuer an die Geldwertänderung. Vom 27. September 1923.

Auf Grund des § 9 Abs. 8 des Wandergewerbesteuergesetzes vom 4. Januar 1922 (Gesetzsamml. S. 1) in der Fassung des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 361) wird folgendes angeordnet:

Artikel 1.

a) Die durch Verordnung vom 3. Juli 1923 festgesetzten Steuersätze werden dahin abgeändert, daß als regelmäßiger Satz gilt

1. für das Feilbieten gewerblicher Leistungen sowie für das Darbieten künstlerischer Leistungen oder Schaustellungen, bei denen ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse nicht obwaltet, der Satz von 9 000 000 Mark,
2. für den Handel mit geringwertigen Waren der Satz von 18 000 000 „
3. für den Handel mit wertvolleren Waren der Satz von 60 000 000 „
4. für den Handel mit Vieh der Satz von 150 000 000 „

b) Im § 9 Abs. 6 wird die Zahl „2 500“ durch die Zahl „3 000 000“ und die Zahl „5 000“ durch die Zahl „6 000 000“ ersetzt,

ferner wird

c) im Abs. 7 die Zahl „1 000 000“ durch die Zahl „1 500 000 000“ ersetzt.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 in Kraft und findet auf die bis dahin bereits erteilten Wandergewerbescheine und Gewerbescheine keine Anwendung.

Berlin, den 27. September 1923.

(Siegel.)

Der Preussische Finanzminister.

v. Richter.

(Nr. 12661.) Verordnung über eine Erhöhung des Ausgleichszuschlags und der Frauenbeihilfe. Vom 28. September 1922.

Auf Grund der durch das Gesetz vom 12. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 314) erteilten Ermächtigung verordne ich, was folgt:

Es werden festgesetzt:

- a) der Ausgleichszuschlag — § 18 Abs. 1 des Beamten-Dienstentlohnungsgesetzes vom 17. Dezember 1920/1. April 1923 (Gesetzsamml. 1923 S. 167) in der Fassung des Gesetzes vom 12. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 305) —

für die erste Hälfte des Monats September 1923 auf	38 840 vom Hundert,
„ das dritte Viertel „ „ „ „ „	199 900 „ „ „ und
„ „ vierte „ „ „ „ „	699 900 „ „ „

b) die Frauenbeihilfe — § 18 Abs. 2 a. a. O. —

für die erste Hälfte des Monats September 1923 auf 20 000 000 Mark monatlich,
 „ das dritte Viertel „ „ „ „ „ „ 100 000 000 „ „
 „ „ vierte „ „ „ „ „ „ „ „ „ „
 in Orten ohne örtlichen Sonderzuschlag auf 350 000 000 „ „
 „ „ mit „ Sonderzuschlägen

bei einem Hundertsatz des örtlichen Sonderzuschlags vom Gesamtdiensteinkommen

von 1	auf 353 500 000 Mark monatlich,
„ 3,5	„ 362 250 000 „ „
„ 6	„ 371 000 000 „ „
„ 8,5	„ 379 750 000 „ „
„ 10,5	„ 386 750 000 „ „
„ 13	„ 395 500 000 „ „
„ 15,5	„ 404 250 000 „ „
„ 18	„ 413 000 000 „ „
„ 20,5	„ 421 750 000 „ „
„ 25,5	„ 439 250 000 „ „
„ 37,5	„ 481 250 000 „ „
„ 52,5	„ 533 750 000 „ „

Berlin, den 28. September 1923.

Der Preussische Finanzminister.

In Vertretung:

Weber.

(Siegel.)

(Nr. 12662.) Verordnung zur Anpassung der Wanderlagersteuer an die Geldwertänderung. Vom 30. September 1923.

Auf Grund des § 4 des Wanderlagersteuergesetzes vom 14. Januar 1921 (Gesetzsamml. S. 299) in der Fassung des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 361) wird folgendes angeordnet:

Artikel 1.

Die durch das Gesetz zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 361) im § 3 festgesetzten Wanderlagersteuersätze werden dahin abgeändert, daß die Steuer für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebs beträgt

in Berlin	36 000 000 Mark,
im übrigen	
in Orten mit mehr als 500 000 Einwohnern	30 000 000 „
„ „ „ „ 100 000 bis 500 000 Einwohnern	24 000 000 „
„ „ „ „ 50 000 „ 100 000 „	18 000 000 „
„ „ „ „ 10 000 „ 50 000 „	12 000 000 „
„ „ bis zu 10 000 Einwohnern	6 000 000 „

sofern der Betrieb von einer Person versehen wird; sie erhöht sich für jede weitere im Betriebe tätige Person (Mitunternehmer oder Angestellter) um den gleichen Betrag, für einen nur mechanische Dienstleistungen verrichtenden Gehilfen (Hausdiener, Kutscher, Laufburschen oder Mädchen und dergleichen) um je den halben Betrag.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 in Kraft.

Die Steuersätze des Artikels 1 finden keine Anwendung, wenn der Zeitabschnitt, für welchen die Steuer zu entrichten ist, bei Inkrafttreten der Verordnung bereits begonnen hat.

Berlin, den 30. September 1923.

Zugleich im Namen des Ministers des Innern:

(Siegel.)

Der Finanzminister.

v. Richter.

(Nr. 12663.) Dritte Verordnung des Staatsministeriums, betreffend Anpassung der Staats- und Gemeinde-
steuern an die Geldwertänderung. Vom 8. Oktober 1923.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 361) in der Fassung der Verordnung des Staatsministeriums vom 1. September 1923 (Gesetzsamml. S. 415) wird für den Monat Oktober 1923 als Verhältniszahl für die Anpassung der Staats- und Gemeindesteuern an die Geldwertänderung seit dem 1. April 1923 die Zahl 6000 festgesetzt.

Berlin, den 8. Oktober 1923.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Braun. Severing. v. Richter.

(Nr. 12664.) Zweite Verordnung über die Anpassung der Stempelsteuer an die Geldwertänderung. Vom
8. Oktober 1923.

Auf Grund des Artikels 4 des Gesetzes vom 25. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 341) zur Änderung des Stempel-
steuergesetzes vom 31. Juli 1895/26. Juni 1909 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 sowie
des Wassergesetzes vom 7. April 1913 und auf Grund des § 14 des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze
an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 361) wird folgendes verordnet:

Die in der Verordnung vom 10. September 1923 (Gesetzsamml. S. 431) festgesetzten Beträge werden
mit Wirkung vom 16. Oktober 1923 ab wie folgt erhöht:

- a) die Feststempel des Stempeltarifs vom 30. Juni 1909/25. Juli 1923 (auch diejenigen, die neben
den Wertstempeln als Höchst- und Mindeststempel oder für besondere Fälle angegeben sind) vom
Einhundertfachen auf das Zwanzigmillionenfache;
- b) die Freigrenze des § 4 des Stempelsteuergesetzes von hundert Millionen Mark auf eine Milliarde Mark;
- c) die Freigrenze der Tariffstelle 71 Ziffer 2 Abs. 3 unter b (Verträge über Arbeits- und Dienst-
leistungen) von fünf Milliarden Mark auf hundert Milliarden Mark;
- d) der Mindestsatz des § 11 des Stempelsteuergesetzes von fünfhunderttausend Mark auf zehn
Millionen Mark. Die Stempelabgabe steigt in Abstufungen von je einer Million Mark, wobei
überschließende Stempelbeträge auf eine Million Mark nach oben abgerundet werden.

Berlin, den 8. Oktober 1923.

Der Preussische Finanzminister.

(Siegel.)

In Vertretung:

Weber.